

Rechtsausschuß

Protokoll

42. Sitzung (nicht öffentlich)

24. August 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.00 Uhr bis 13.40 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Schreiber (SPD)

Stenographin: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

**1 Zwölfte Verordnung zur Änderung der Juristenausbildungs-
ordnung - JAO -**

Vorlage 11/3124

1

Der Ausschuß erklärt sich mit der Verordnung einverstanden.

Rechtsausschuß
42. Sitzung

24.08.1994
ni-sto

Seite

**2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994 (Nachtragshaushaltsgesetz 1994)
hier: Einzelplan 04**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 11/7300 und 11/7590

2

Das Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags und die Ergänzung werden mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und F.D.P. in Abwesenheit des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gebilligt.

3 Regionalisierung des Strafvollzugs in Nordrhein-Westfalen

Zuschriften 11/2878 und 11/3409

2

Der Ausschuß will den Punkt nach Vorliegen des Kienbaum-Gutachtens zum Strafvollzug und dessen Auswertung durch den Justizminister wieder aufgreifen.

4 Korrektur des Rechtspflegeentlastungsgesetzes

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/7154

3

Der Ausschuß behandelt den Punkt heute nicht und will ihn nach Vorliegen des Arbeitsergebnisses einer vom Justizminister eingesetzten Kommission wieder aufgreifen.

Rechtsausschuß
42. Sitzung

24.08.1994
ni-sto

Seite

- 5 Ergänzung zu dem verfassungsgerichtlichen Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Essen, § 3 Abs. 3 FlüAG in der Fassung des 3. Änderungsgesetzes vom 25. März 1993 verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der kommunalen Selbstverwaltung - VerfGH 5/94 -**

Vorlagen 11/2895 und 11/3099
Drucksache 11/7218

4

Der Ausschuß nimmt nicht Stellung.

- 6 Effizienzsteigerung bei der Kriminalitätsbekämpfung durch Vorbeugung und bessere Zusammenarbeit**

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/6996
Vorlage 11/3055

4

Der Ausschuß gibt keine Stellungnahme ab.

- 7 Rechtliche Stellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften**

Zuschrift 11/3334

in Verbindung mit:

Rechtsausschuß
42. Sitzung

24.08.1994
ni-sto

Seite

8 Gleiche Rechte für Schwule und Lesben: Empfehlungen des Europäischen Parlaments in Deutschland umsetzen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/7275

4

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 11/7275 - wird mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. in Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

* * *

Rechtsausschuß
42. Sitzung

24.08.1994
ni-sto

2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994 (Nachtragshaushaltsgesetz 1994)
hier: Einzelplan 04

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 11/7300 und 11/7590

Auf Wunsch des Abgeordneten **Dr. Klose (CDU)** erläutert **Justizminister Dr. Krumsiek** betreffend die zu erwirtschaftende globale Minderausgabe von 19,5 Millionen DM, diese werde sich auf die Haushaltspositionen verteilen. Ihre Erwirtschaftung schein ihm angesichts voraussichtlicher Einnahmeverbesserungen aus der Änderung der kostenrechtlichen Vorschriften möglich.

3 Regionalisierung des Strafvollzugs in Nordrhein-Westfalen

Zuschriften 11/2878 und 11/3409

Zu diesem vom Abgeordneten **Lanfermann (F.D.P.)** beantragten Tagesordnungspunkt gibt der Vorsitzende die Bitte des Ministers weiter, die Diskussion erst nach Vorliegen und Auswertung des Kienbaum-Gutachtens zum Strafvollzug - von den 8 000 Stellen des Vollzuges seien knapp 2 000 betroffen - zu führen.

Der anivisierte Zeitplan sieht nach den Worten **Justizminister Dr. Krumsieks** wie folgt aus: Kienbaum wolle sein Gutachten Ende Oktober präsentieren. Anschließend werde sich eine Auswertung durch das Justizministerium und eine Beratung in der Regierung. Er gehe von einem Abschluß der gesamten Erörterung spätestens im Januar aus. Der Rechtsausschuß müßte dann in dem Zeitraum Oktober/Dezember beraten.